presse

Neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen

***Michael Groß**, bau- und wohnungspolitischer Sprecher:*

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt das gestern im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unterzeichnete Memorandum zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen. Es ist gut, dass das Bündnis breit aufgestellt ist und alle relevanten Akteure der Wohnungswirtschaft an einen Tisch holt, um Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

„Die aktuelle Situation am Wohnungsmarkt – insbesondere in wachsenden Metropolen und attraktiven Mittelzentren – stellt die Wohnungs- und Baupolitik vor große Herausforderungen.

Deshalb setzen wir große Hoffnungen auf den Dialog der Akteure im Bündnis, um die richtigen Antworten zu finden.

Bereits im Juli 2014 einigten sich die Partner des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen auf die Erarbeitung eines Memorandums zu den zentralen Zukunftsfragen unserer Städte, welches am gestrigen Montag im Bundesbauministerium unterzeichnet wurde.

Im Memorandum einigten sich Bund, Länder, Kommunen und Verbände daran mitzuwirken, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der die Stärkung der Investitionen in den Wohnungsbau, die Senkung der Baukosten, einen nachhaltigen altersgerechten Umbau im Quartier sowie soziales und klimafreundliches Bauen zum Ziel hat.

Bezahlbarer Wohnraum ist in zahlreichen Wachstumsregionen zur sozialen Frage avanciert. Darunter leiden vor allem Familien, Studierende, Ältere und Geringverdiener.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Daher brauchen wir schnell Lösungen, um die Fragen nach bezahlbarem Wohnraum sozial ausgewogen beantworten zu können.

Das Bündnis versteht sich dabei als Prozess und wird bis Ende 2015 einen gebündelten Bericht über konkrete Empfehlungen basierend auf den vier Handlungsfeldern vorstellen. Dieser Bericht soll die Grundlage bilden, um ab 2016 gesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen. Oberstes Ziel dabei ist die Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraums.“